



# HESSISCHER LANDTAG

26. 07. 2021

## Kleine Anfrage

**Klaus Herrmann (AfD) und Dirk Gaw (AfD) vom 18.02.2021****Türkische Hisbollah Wiesbaden – Teil II****und****Antwort****Minister des Innern und für Sport**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Nach Kenntnis der AfD Fraktion wurde in der Westend-Moschee erneut ein Iman eingestellt, der enge Verbindungen zur Türkischen Hisbollah (TH) pflegt. Bereits in der Vergangenheit ist die Moschee dem Verfassungsschutz wiederholt wegen ihren Verflechtungen zur TH aufgefallen, so dass der vorherige Iman abgeschoben werden und die Moschee einen neuen Vorstand bilden musste. Die Funktionäre der Moschee lassen somit ernsthafte Zweifel ihrer Haltung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung erkennen. Die Verbreitung islamistischer Ideologien durch Iman und Moscheevorstand sind nicht ausgeschlossen.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, dem Minister der Finanzen, der Ministerin der Justiz sowie dem Kultusminister wie folgt:

Frage 1. Bei wie vielen moslemischen Mitbürgern, die unter Einfluss der Westend-Moschee bzw. deren Funktionären stehen, erkennt die Landesregierung eine zunehmende Radikalisierung und falls ja, wie äußert sich diese?

Eine konkrete Anzahl von Personen, die sich aktuell durch den Einfluss der Westend Moschee der TH-Ideologie zuwenden, ist dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen nicht bekannt.

Über die Gefahren der Auswirkungen der TH-Ideologie insbesondere auf jüngere Menschen wurde seitens des LfV Hessen bereits in der Vergangenheit berichtet, so z.B. im Verfassungsschutzbericht 2017. Dort heißt es auf S. 142: „Der extremistische und integrationshemmende Einfluss der TH-Ideologie, insbesondere auf Kinder und Jugendliche, droht sich in den hessischen TH-Vereinen weiter zu verstetigen. Teile der Angebote in den Vereinen wirken entfremdend gegenüber den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Jugendliche werden langfristig für den Extremismus der TH empfänglich“.

Frage 2. Sofern die Landesregierung eine Radikalisierung bei Moschee-Funktionären und/oder moslemischen Mitbürgern erkennt, welche konkreten Maßnahmen werden dagegen ergriffen?

In den letzten Jahren hat es einen umfangreichen Austausch zwischen dem LfV Hessen, der Polizei und der Stadt Wiesbaden zur Wiesbadener Westend Moschee gegeben. Die Bedeutung der Moschee für die TH in Deutschland und ihre ideologische Ausrichtung wurden dabei ausführlich thematisiert. Die Öffentlichkeit wurde durch wiederholte Veröffentlichungen in den Verfassungsschutzberichten seit mindestens 2012 über die TH-Strukturen in Hessen informiert. Die Wiesbadener Westend Moschee (bzw. vormals Vahdet Moschee) wurde in den Verfassungsschutzberichten der Jahre 2012, 2018 und 2019 offen namentlich benannt.

Eine zentrale Maßnahme zur Salafismusprävention der Landesregierung stellt das im Jahr 2014 eingerichtete „Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ dar. Die Umsetzung des Präventionsnetzwerks richtet sich dabei sowohl an Einzelpersonen wie auch an Vereine, Kommunen oder auch Einrichtungen auf Landesebene wie z.B. Hochschulen. Das Netzwerk hat zum Ziel, alle Ressourcen im Kampf gegen den Islamismus bzw. Salafismus zu bündeln, um die demokratie- und menschenverachtende Ideologie des Islamismus bzw. Salafismus mit nachhaltigen und wirkungsvollen Maßnahmen der Präventions-, Interventions- und Deradikalisierungsarbeit zu begegnen.

Fester Bestandteil des Präventionsnetzwerks ist ein Fachbeirat, dem ca. 30 staatliche und nicht-staatliche Organisationen angehören. Die Expertisen des Fachbeirats fließen in die Arbeit der „Beratungsstelle Hessen – Wege aus dem Extremismus“ ein. Diese Beratungsstelle wird aus Mitteln des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert und in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft von Violence Prevention Network (VPN) landesweit umgesetzt. Neben der Arbeit mit bereits Radikalisierten bietet die Beratungsstelle auch Workshops (z.B. für Lehrer) zur Sensibilisierung in Bezug auf (auch virtuelle) Rekrutierungsstrategien von Extremisten oder die Beratung und Begleitung für radikalierungsgefährdete Jugendliche an.

Zudem wird eine zweite Beratungsstelle unter Trägerschaft von VPN gefördert. Die Beratungsstelle „Interkulturelle Kompetenz und Extremismusprävention“ stellt die Lösung von interkulturellen und interreligiösen Konflikten in den Mittelpunkt. Sie wendet sich an junge Menschen, Angehörige und Fachpersonal mit Fragen und Anliegen zum Thema religiös begründeter Islamismus bzw. zum Extremismus mit Auslandsbezug. Die Beratungsstelle fördert die Stärkung der Toleranz von unterschiedlichen Weltansichten sowie die Früherkennung und Vermeidung von Radikalisierungsprozessen.

Frage 3. Welche konkreten Auswirkungen haben die ergriffenen Maßnahmen nachweislich auf Moscheevorstand, Imam und moslemische Mitbürger gezeigt? Bitte einzeln beantworten.

Ein Imam der Westend Moschee und zugleich bedeutsamer Agitator der TH konnte im Juli 2018 abgeschoben werden.

Die Projekte und Maßnahmen der Extremismusprävention im Rahmen des hessischen Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zielen insbesondere auf die Verhinderung oder Reduzierung von extremistischen Radikalisierungsprozessen. Die Maßnahmen werden extern wissenschaftlich evaluiert. Gleichwohl ist die konkrete Wirkung von Maßnahmen der Extremismusprävention meist nur schwer direkt zu messen bzw. statistisch zu erfassen.

Frage 4. Wird die Westend-Moschee nach Kenntnis der Landesregierung finanziell unterstützt z.B. durch Personen, Organisationen oder Förderprogramme? Falls ja, bitte nach Jahr, Name und Betrag aufschlüsseln.

Zu Erkenntnissen der Landesregierung hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Westend-Moschee wird im zuständigen Kontrollgremium (PKV) berichtet.

Frage 5. Sofern die Westend-Moschee Verbindung zu (weiteren) extremistischen, bzw. verfassungsfeindlichen Gruppierungen unterhält, welche sind dies nach Kenntnis der Landesregierung?

Zu Erkenntnissen der Landesregierung hinsichtlich etwaigen Verbindungen der Westend-Moschee zu (weiteren) extremistischen, bzw. verfassungsfeindlichen Gruppierungen wird ebenfalls im zuständigen Kontrollgremium (PKV) berichtet.

Wiesbaden, 5. Juli 2021

**Peter Beuth**